

Infoparlament

NEUE EUROPÄISCHE BEWEGUNG SCHWEIZ FRÜHJAHRSSSESSION 2017

Die Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs) freut sich, Ihnen mit diesem Infoparlament eine Übersicht der europapolitischen Vorlagen der Frühjahrsession des National- und Ständerats zu überreichen. Während dieser Session wird eine Vielzahl wichtiger aussenpolitischer Entscheide zum Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union getroffen.



Tel. 031 302 35 36

Scheibenstrasse 29, Postfach 481
3000 Bern 22

www.europa.ch
info@europa.ch

Lieber Parlamentarierinnen und Parlamentarier,

Die Neue Europäische Bewegung Schweiz (NEBS) freut sich, Ihnen die wichtigsten europapolitischen Fragen der Frühjahrssession 2017 vorstellen zu dürfen.

Die Annahme des Umsetzungsgesetzes für die „Masseneinwanderungsinitiative“ während der vergangenen Wintersession hatte eine Entblockierung verschiedener Dossier zur Folge, insbesondere die Ratifizierung des Kroatienprotokolls. Trotz dieser positiven Entwicklung stehen auch in der Frühjahrssession verschiedene wichtige Entscheide in den Beziehungen der Schweiz zur EU an. Eine parlamentarische Initiative zielt beispielsweise darauf ab, ein institutionelles Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU zu verhindern ([16.465](#)). Ein weiterer Antrag behandelt die Begleitmassnahmen der Personenfreizügigkeit ([15.3394](#)).

Für die Nebs hat die Sicherstellung der Verträge mit der EU sowie insbesondere der Erhalt der Personenfreizügigkeit mit der EU erste Priorität. Im Weiteren brauchen wir bei der ungeklärten Frage eines institutionellen Rahmenabkommens zwischen der Schweiz und der EU Klarheit. Nur so kann die europäische Integration der Schweiz weitergehen.

KALENDER

NR: behandelt vom Nationalrat; SR: behandelt vom Ständerat; Hauptobjekte **mit fettem Text** gekennzeichnet.

1. Woche		
27/02/2017, 16.15-20.00	SR	Europarats-Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Istanbul-Konvention). Genehmigung (<u>16.081</u>)
	SR	Ip. Maury Pasquier. Dublin-Fälle und Selbsteintrittsrecht. Welche humanitären Gründe werden von der Schweiz berücksichtigt? (<u>16.4093</u>)
	SR	Ip. Dublin-Fälle und Selbsteintrittsrecht. Zusammenführung von Familienmitgliedern und Rechte des Kindes (<u>16.4091</u>)
28/02/2017, 08.15-13.00	SR	Ip. Caroni. Zwischen Uno-Charta und EMRK. Wie verhält sich die Schweiz in der Zwickmühle? (<u>16.3979</u>)
	SR	Ip. Minder. (Nicht-)Umsetzung Masseneinwanderungs-Initiative. Inländervorrang wenigstens beim Bund (<u>16.4168</u>)
	NR	Pa.IV. Verbot von Rahmenabkommen und institutionellen Bindungen mit überstaatlichen Rechtsgemeinschaften und Drittstaaten (<u>16.465</u>)
2. Woche		
07/03/2017 08.00 – 13.00	NR	Mo. Sommaruga Carlo. Kohärenz in den bilateralen Beziehungen der Schweiz (<u>15.3048</u>)
	NR	Mo. Markwalder. Revision des Entsendegesetzes (<u>15.3263</u>)
	NR	Mo. Quadri. Flankierende Massnahmen zur Personenfreizügigkeit. Wiederaufnahme der Optimierung (<u>15.3394</u>)
	NR	Mo. Amarelle. Szenarien zur Beschäftigungsentwicklung für eine bessere Steuerung der Einwanderung und der Engpässe auf dem Arbeitsmarkt (<u>15.3701</u>)
08/03/2017, 08.00-13.00	NR	Die Schweiz und die Konventionen des Europarates. Elfter Bericht (<u>16.060</u>)

	NR	Mo. Kiener Nellen. Atomwaffenfreie Zone in Europa (<u>15.4040</u>)
09/03/2017, 08.15-13.00	SR	Pa.IV. Aeschi Thomas. Empfehlungen und Beschlüsse der OECD und ihrer Sonderorganisationen. Pflicht zur Information und Konsultation der zuständigen Legislativkommissionen (<u>14.433</u>)
3. Woche		
15/03/2017 08.00 – 19.00	NR	Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung. Zusatzprotokoll (<u>16.059</u>)
	NR	Mo. Salzmann. Wir lassen uns nicht durch die EU entwaffnen! (<u>16.3719</u>)

WICHTIGE GESCHÄFTE

NATIONALRAT



Dienstag 28. Februar 2017, 08.15 – 13.00

Parlamentarische Initiative Fraktion V. Verbot von Rahmenabkommen und institutionellen Bindungen mit überstaatlichen Rechtsgemeinschaften und Drittstaaten) (16.465)

Status: Im Rat noch nicht behandelt

Text : « Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und Artikel 107 des Parlamentsgesetzes reichen wir folgende parlamentarische Initiative ein:

Die Schweizerische Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 54 Auswärtige Angelegenheiten

...

Abs. 4

Er (der Bund) schliesst keine Abkommen mit andern Staaten oder überstaatlichen Rechtsgemeinschaften, die der Unabhängigkeit und Souveränität sowie der Neutralität und den Rechten des Volkes zuwiderlaufen. »

Kommentar: *Die SVP zeigt in zunehmendem Masse auf, dass sie die Schweiz isolieren möchte und gefährdet damit die internationale Vernetzung und die Beziehungen der Schweiz zur EU und schlussendlich die Offenheit und den Wohlstand unseres Landes. Durch die Verankerung eines Verbots eines Rahmenabkommens mit europäischen und internationalen Partnern in unserer Verfassung wird die Personenfreizügigkeit (und damit die bilateralen Verträge) sowie die Teilnahme der Schweiz am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verunmöglicht. Eine solche Initiative verhindert jede Weiterentwicklung der Beziehungen der Schweiz zur EU und gefährdet die bereits bestehenden Abkommen zwischen der Schweiz und der EU.*

Um Ihre Argumentation zu untermauern verwenden die Initiantinnen folgendes Zitat: "Wer sich für ein umfassendes Rahmenabkommen und damit für die Perspektive eines späteren Beitritts entscheidet, verzichtet für die Zukunft auf Neutralität, Souveränität sowie Unabhängigkeit und trägt dazu bei, die direkte Demokratie, den Föderalismus und die Gemeindeautonomie zu untergraben." Die Nebs hat diese Kritik bereits in einem [Positionspapier](#) aufgegriffen und widerlegt.

Die Nebs empfiehlt diese Initiative zur Ablehnung.

Mittwoch 15. März 2017, 08.00 – 19.00

Geschäft des Bundesrats. Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung. Zusatzprotokoll (16.059)

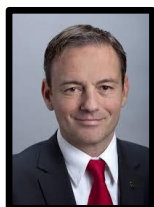
Status: Behandelt vom Ständerat

Text: «Der Bundesrat will das Recht der Bevölkerung auf Mitwirkung in Angelegenheiten der Gemeinden stärken. Dazu soll ein entsprechendes Zusatzprotokoll des Europarats zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung ratifiziert werden. (...) Das Zusatzprotokoll zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung schützt die aktive Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger am Gemeindeleben. Es verpflichtet die Vertragsstaaten, den Gemeinden die nötigen Kompetenzen zur Verwirklichung von Mitwirkungsrechten einzuräumen. Die Gemeinden sind verpflichtet, bestimmte Mitwirkungsrechte reglementarisch festzuschreiben. Dazu gehören beispielsweise kommunale Volksabstimmungen oder der Zugang zu amtlichen Dokumenten».

Kommentar: *Die Schweiz erfüllt die Anforderungen für einen Beitritt zum Zusatzprotokoll bereits heute. Auch deshalb sind die Reaktionen der Vernehmlassungsteilnehmer überwiegend positiv ausgefallen. Mit ihrem Beitritt zum Zusatzprotokoll leistet die Schweiz einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie auf internationaler Ebene. Der Bundesrat und die Nebs teilen das Anliegen des Europarats, die Mitwirkung der Bevölkerung an öffentlichen Angelegenheiten auf lokaler Ebene zu fördern.*

Die Nebs empfiehlt die Ratifikation des Zusatzprotokolls zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung.

Kontakt und Informationen



Martin Naef
Co-Präsident der Nebs
martin.naef@europa.ch



François Cherix
Co-Präsident der Nebs
francois.cherix@europa.ch



Lukas Wegmüller
Co-Generalsekretär der
Nebs
Tel. 031 302 35 36
lukas.wegmueller@europa.ch



Caroline Iberg
Co-Generalsekretärin der
Nebs
Tel. 031 302 35 36
caroline.iberger@europa.ch

Neue Europäische Bewegung Schweiz

Scheibenstrasse 29, Postfach 481
3000 Bern 22
Tel. 031 302 35 36
www.europa.ch

